

Fadegrad



von
Roland Scheck

Aus für Hafenkräne

Der Zürcher Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 2. Dezember 2015 die Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» angenommen. Das Parlament hat entschieden, die Volksinitiative wortgetreu umzusetzen und die Bauordnung der Stadt Zürich um einen Artikel zu ergänzen, wonach mit Ausnahme der für die Zürichsee- und Limmat-schifffahrt notwendigen Infrastrukturen keine weitere Hafeninfrastuktur aufgestellt werden darf. Somit erhält die Bevölkerung die Absicherung, dass sich der Fall Hafenkran nie mehr wiederholen wird. Anlässlich der Unterschriftensammlung brach die Volksinitiative der SVP, JSVP und Jungfreisinnigen alle Rekorde. Damit eine städtische Volksinitiative zustande kommt, sind innert sechs Monaten 3000 gültige Unterschriften zu sammeln. Für die Initiative «Hafenkräne-Nein» lagen nach nur fünf Wochen bereits 6000 Unterschriften vor. Die Unterschriftensammlung auf der Strasse zeigte, dass das Thema Hafenkran grosses Kopfschütteln bis wütende Empörung in der Bevölkerung auslöste. Haben die Damen und Herren Volksvertreter das Volk letztendlich doch erhört? Mitnichten! Der Entscheid des Zürcher Gemeinderats ist eine reine Hedging-Strategie. Hätte der Gemeinderat die Initiative abgelehnt, wäre sie automatisch zur Volksabstimmung gekommen. Das Risiko einer Abstimmungsniederlage will die links-grüne Mehrheit nicht eingehen. Schliesslich trägt sie die Mitverantwortung für das Hafenkran-Projekt. SP, Grüne, AL und GLP haben dem Stadtrat anlässlich mehrerer Budgetdebatten immer wieder die beantragten Geldmittel für den Hafenkran bewilligt. Im Gegensatz zum Parlament zeigt sich die Zürcher Regierung unverändert stur. Der Stadtrat lehnte die Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» bis zum Schluss ab. Wohlwissend, dass er an der Urne eine gewaltige Abfuhr bekommen würde, liess er sich sogar dazu hinreissen, die Demokratie mit Füssen zu treten. Immer wieder verzögerte er den Verlauf der Volksinitiative. Mit taktischen Winkelzügen gelang es dem Stadtrat, den Prozess so lange zu verschleppen, bis der Hafenkran auf- und wieder abgebaut war. Wäre die Volksinitiative beförderlich behandelt worden, hätte das Projekt gestoppt werden können. Der Zürcher Stadtrat hat mit dem Hafenkran-Projekt und seinem Verhalten viel Schaden angerichtet. Auf Kosten des Steuerzahlers wollte er sich selbst ein Denkmal für seine angebliche Weltoffenheit setzen. Mit seinem Verhalten hat er das Ansehen der öffentlichen Institutionen in Mitleiden-schaft gezogen. Auch hat er mit dem hinverbrannten Hafenkran-Projekt den Ruf der Kunstschaffenden insgesamt in der Bevölkerung geschädigt. In der Stadt Zürich ist jetzt ein für alle Mal Schluss mit hafenkran-ähnlichen Projekten. Art. 43b der Bauordnung schützt die Bevölkerung vor Politikern, welchen das Mass abhandengekommen ist.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Schuldenberg bleibt

Budgetdebatte: In 23 Stunden 30 Millionen eingespart. Der Zürcher Gemeinderat hat in insgesamt 23 Stunden Beratung das Defizit in ein kaum messbares Plus verwandelt. Der Schuldenberg bleibt.



Martin Bürlemann
Gemeinderat SVP
Zürich 6/10

Der Stadtrat präsentierte für das Jahr 2016 ein Budget mit 22 Millionen Franken Defizit bei Ausgaben von 8,69 Milliarden Franken und Einnahmen von 8,67 Milliarden. In der dreitägigen Beratung, die am Mittwoch und am Freitag bis um Mitternacht dauerte, wurden im Rat insgesamt 280 Anträge behandelt. Die meisten Anträge stammten von der bürgerlichen Seite und beinhalteten sinnvolle, massvolle Kürzungsvorschläge. Immerhin senkte der Rat in der Beratung die Ausgaben um gut 30 Millionen Franken, sodass auf dem Papier ein Plus von 8,2 Millionen resultiert. Mit den sogenannten Tabellenanträgen wollte eine Koalition aus SVP, FDP, CVP und GLP insgesamt gut 80 Millionen Franken einsparen. Die Tabellenanträge beziehen sich auf jeweils ein Konto, auf welchem in allen Departementen Beträge eingestellt sind, wie beispielsweise Löhne, Büromaterial oder IT-Kosten. Die Linke diffamiert diese Anträge systematisch als «Rasenmäher-Anträge», was sie eben nicht sind. Der Vorwurf lautet, man säbelt ratzekahl über alles hinweg auf ein einheitliches Niveau herunter. Dabei haben die Parteien in vielen Sitzungen, Arbeitsgruppen und Klausuren die betreffenden Budgetposten exakt studiert. Die vorgesehenen Kürzungen bezogen sich ausschliesslich auf jene Bereiche, die überproportional angewachsen sind in den letzten Jahren.

DEBATTE UM DAS EDELWEISSEMD

Stolze Schweizer lassen sich nicht einschüchtern

An einer Schule verbot eine Lehrerin einer Schülergruppe ihrer Klasse das Tragen eines speziellen, hellblauen Hemdes. Eine solche Garderobe sei rassistisch und ausländerfeindlich, begründete die Pädagogin ihr Verbot. Sie befahl den sofortigen Kleiderwechsel. Der Schulleiter der betroffenen Schule gab zudem zu bedenken, dass man mit dem Tragen solcher Kleider eine Botschaft aussende.



Mauro Tuena
Nationalrat SVP,
Zürich

Dieser Vorfall passierte nicht etwa, wie man vielleicht auf den ersten Blick vermuten könnte, irgendwo im entfernten Ausland, in welchem die Meinungsäusserungsfreiheit ein Fremdwort ist. Nein, dieser Vorfall ereignete sich an der Sekundarschule Berg in der idyllischen, ländlichen Zürcher Oberländer Gemeinde Gossau. Auf den Hemden befand sich auch nicht etwa ein rassistisches Symbol, nein, bei den Kleidungsstücken handelt es sich um das blau-weiße Schwinghemd mit aufgedrucktem Edelweiss. Es gilt als Markenzeichen der Schweizer Bauern. Zehntausende tragen solche Hemden, zum Beispiel jeweils an den äusserst beliebten Schwingfesten. Unzählige Prominente liessen sich damit auch schon ablichten. Von angeblichem Rassismus also keine Spur! Das ist nicht der einzige Vorfall dieser Art. Schülern in der gleichen Schule ist auch schon verboten worden, Shirts mit einem Schweizerkreuz darauf zu tragen. Ein gleicher Umstand gab es auch schon im Luzernischen.

Personalbestand wächst unaufhörlich
Die substanziellsten Kürzungsanträge betrafen das Personalwachstum. Das Stellenwachstum in der Verwaltung findet kein Ende. Allerdings sind grosse Unterschiede auszumachen: während das Tiefbaudepartement oder das Polizeidepartement kaum neue Stellen schufen, wachsen die Stellen im Gesundheitswesen und im Schulbereich unaufhaltsam.

Neue Koalitionen
Wo die SVP in früheren Budgetdebatten mit ihren Sparanträgen regelmässig alleine im Regen stand, gab es heuer neue Koalitionen. Bei den Einzelanträgen stimmte die FDP mehrheitlich mit der SVP.

Auch die CVP und die GLP stimmten – wenn auch weniger häufig – mit den Bürgerlichen. Zusammen haben diese Parteien im Rat theoretisch die Mehrheit mit 63 Stimmen gegenüber 62 Stimmen der SP, Grünen und der AL. Leider gefiel sich das aus der SVP ausgeschlossene Mitglied in seiner Rolle: Ohne erkennbare Linie stimmte er einmal mit den Linken und dann wieder mit den Bürgerlichen. Dies machte die Budgetdebatte zu einem Lotteriespiel.

Die substanziellen Anträge der SVP blieben fast durchgehend chancenlos, vor allem im Präsidialdepartement, wo über 110 Millionen für Kultur ausgegeben werden. Ein weiterer SVP-Antrag, das Tempo beim Glasfaserausbau und bei der Windenergie zu senken, hätte Einsparungen von 40 Millionen gebracht. Im Sozialdepartement hätte man weitere 60 Millionen Franken streichen können, was leider auch nicht gelang. Hier unterstützen die anderen Parteien die SVP so gut wie gar nicht.

10 Milliarden Schulden
Die linken Parteien im Parlament wehrten sich verbissen gegen eine Budgetsanierung. Im Gegenteil präsentierten sie eine Reihe von Verschlechterungen, sprich Ausgabenerhöhungen im Sozialwesen oder im Schulbereich. Wenigstens diese Erhöhungen wurden von der Mehrheit abgelehnt.

Die Schulden betragen mittlerweile kaum vorstellbare 10 Milliarden Franken. Im nächsten Jahr will der Stadtrat erneut 800 Millionen Franken Fremdkapital aufnehmen. Diese Anleihen sind mit tiefen Zinsen versehen, was in der Debatte mehrfach als positiv dargestellt wurde.

Allerdings übersehen die ausgabenfreudigen Stadträte, dass die Zinsen früher oder später wieder steigen werden. Dann muss die Stadt Zürich eine Anleihe nach der anderen zu höheren Zinsen erneuern. Die Stadt handelt wie

ein gleichgültiger Hausbesitzer, der mit Hypotheken zugedeckt ist und nicht im Traum an eine Amortisation denkt.

Strukturelles Defizit bleibt
Die Einnahmen steigen und steigen – und trotzdem will das Defizit nicht verschwinden. Die Steuereinnahmen reichen in Zürich mittlerweile nicht einmal mehr aus, um die «Beamtenlöhne» zu decken. Die Steuereinnahmen sind 2016 mit 2,9 Milliarden Franken budgetiert, das sind die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Die Frage der SVP blieb unbeantwortet: Wann will der Stadtrat anfangen, diesen Schuldenberg abzutragen, wenn nicht in einem Jahr mit rekordhohen Einnahmen?

Das Finanzproblem der Stadt Zürich ist struktureller Art. Das Defizit ist systemisch und hat nichts mit der Wirtschaftslage zu tun. Der Widerstand von Links gegen die Sanierung der Finanzen ist gepaart mit einer tiefen Ignoranz und einer erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber den Steuerzahlern.

Nach den Bundesratswahlen ...



Die Stadtzürcher Nationalräte Gregor Rutz und Mauro Tuena berichteten anlässlich eines vorweihnächtlichen Sessionsapéros über den Beginn der neuen Legislatur in Bern – nach den Wahlen ist vor den Wahlen!

Im Zunfthaus zur Haue führten die Nationalräte Mauro Tuena und Gregor Rutz ihren Sessionsapéro durch. Hauptthema dieser Veranstaltung vom 10. Dezember waren natürlich die Bundesratswahlen und damit die Wahl des neuen SVP-Bundesrats Guy Parmelin. Aber auch weitere Sessionsthemen wie die Asylpolitik oder die

Debatte um den «Service public» kamen zur Sprache. Mauro Tuena berichtete über seine Erfahrungen als neuer Nationalrat in Bern, und Gregor Rutz orientierte über die bevorstehende Durchsetzungsinitiative. Auch im neuen Jahr wird der SVP die Arbeit nicht ausgehen!



Immer schön plakatiert: Ein Dank gilt allen unseren Plakatverantwortlichen im Kanton Zürich, die mit grossem Aufwand jeweils für die entsprechenden Plakate und Botschaften sorgen. Hier ein gelungenes Beispiel aus Greifensee.